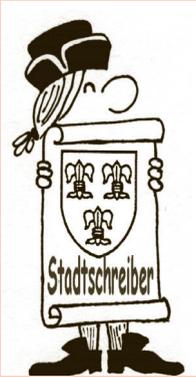


Bever-Bote

www: spd-beverungen.de / Ausgabe 23

Berichte - Informationen - Kommentare

Führung?



Wir alle wissen, dass ohne eine qualifizierte und konsequente Führung ein Unternehmen nicht zu leiten ist. Dazu gehört auch die Klarheit der Entscheidungen, welche Ziele erreicht werden sollen. Wo beides fehlt, ist die Pleite nicht fern. Das Projekt des Rentmeisterhauses in Beverungen ist ein Paradebeispiel für konzeptloses Handeln und fehlender konsequenter Führung. Das denkmalgeschützte Haus, welches in der Obhut der Stadt liegt, war lange schon sanierungsbedürftig. Die SPD-Fraktion schrieb im April 2002 (!!!) **Weiter auf Seite 2**

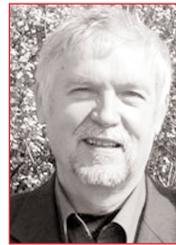
Rentmeisterhaus: Alles für die Katz gewesen?

Ganze Aktenschränke füllen inzwischen die Planungs- und Bauunterlagen des Rentmeisterhauses. Es ist kaum nachzuhalten, was da alles geplant, oder besser gesagt, verplant wurde. Unzählige Stunden von Beratungen, unzählige Zeichnungen und Entwürfe, alles Makulatur. Auf gut Deutsch: Alles für die Katz. Wo war die führende und lenkende Hand bei diesem Projekt?

Seit geraumer Zeit wird am Rentmeisterhaus herumgedoktort. Die äußere Sanierung ist schon lange abgeschlossen. Das Land NRW griff der Stadt mit einem 70-prozentigen Zuschuss unter die Arme, noch unter der sozialdemokratisch geführten Landesregierung. Das gab für dieses Haus wieder eine gute Perspektive. Das Haus sollte in 3 Bauabschnitten fertiggestellt werden. Die Kosten des Innenausbau standes und stehen immer noch nicht fest. Das nennt man wohl eine Kostenfalle.

Für Eckhard Schepke, jetzt SPD-Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Bauausschusses war nach einem Besuch der Baustelle zudem klar geworden, dass die Entscheidungen für den Innenausbau zügig angepackt werden müssen. Bei

seinem Besuch ging man noch davon aus, dass nach einer Voruntersuchung der Einbau von sechs kleineren Wohnungseinheiten



“Betretetes Wohnen” vorgesehen waren. Ebenso sollte der Caritas Pflegedienst hier sein Domizil finden.

Und dann kam das Kommando: Alles zurück! Die eventuellen Betreiber des Rentmeisterhauses, die St. Angsgar und St. Rochus Kliniken, Höxter, waren nicht bereit, die zu erwartenden Kosten für die Nutzung des Rentmeisterhauses durch den Einbau einer Aufzuganlage, einschließlich des freistehenden verglasten Treppenhauses zu übernehmen. Nunmehr wurde vorgesehen, eine Tagespflegestation im Erdgeschoss unterzubringen. Im Obergeschoss sollte die Caritas Station, Altenpflege sowie ein Büro eingerichtet werden.

Noch ein Plan kam Dezember 2005 auf den Tisch. Das Haus sollte für die Verwaltung **Fortsetzung Seite 2**

Fortsetzung Seite 1

an den Bürgermeister: „*Erste Sanierungsmaßnahmen haben bereits rund 260.000 Euro verursacht, mit weiteren 1,7 Millionen Euro wird gerechnet. Die entscheidende Frage ist aus Sicht der SPD-Fraktion Beverungen, wie soll das Haus künftig genutzt werden? Bevor weitere Investitionen getätigt werden, muss nach Auffassung der SPD ein Nutzungskonzept erarbeitet werden, welches dazu beiträgt, bei den Nachfolgekosten zu tragfähigen Belastungen zu kommen. Nur auf einer solchen Basis könnten die Ausbaupläne sinnvoll erstellt werden.*“ Zwischenzeitlich sind um die 1,13 Millionen Euro Finanzmittel, davon rund 400.000 Euro Eigenmittel, in das Projekt geflossen. Dass die damalige SPD-geführte Landesregierung der Stadt 70-prozentige Zuschüsse gewährte, sei am Rande erwähnt. Ohne diese Zuschüsse wäre die finanzielle Lage noch schlechter. Und was hat sich seit 2002 getan? Hunderttausende Euros sind ausgegeben, bringen keine Einnahmen und kosten Zinsen. Nach vielen Jahren des „Drunter und Drüber“ gibt es jetzt das tollste Nutzungskonzept aller Zeiten: Das Haus soll verkauft werden! Darauf muss man nach so vielen Jahren erst einmal kommen. Und könnte man nicht gleich weiter privatisieren, denn in der Nachbarschaft liegt ja die Burg. Auch ein Sanierungsfall. Man wird ja noch fragen dürfen. Von der Geschichte unserer Stadt bliebe dann nicht viel übrig. Sieht so Heimatpflege aus?

Klagen nehmen rapide zu

Mangelnde Sauberkeit in der Stadt

Immer mehr Hinweise von Bürgern gibt es auf verschmutzte Straßen, Wege und Bürgersteige. sogenannte „Dreckecken“ sind ein Dauerthema bei betroffenen Mitbürgern.

Besonders ärgert die Bürgerinnen und Bürger, das selbst vorgetragene Beschwerden und Hinweise bei der Stadt auf kein Echo stoßen. Und es ist natürlich ärgerlich, wenn die Verwaltung nicht vernünftig darauf reagiert.

Ärger abbauen

Wie verhärtet die Standpunkte sind, kann man daran erkennen, dass es inzwischen kategorisch ablehnt wird, freiwillig

Leistungen zu erbringen. Eine der Antworten lautete: „Ich mache doch nicht den Hundekot und den Dreck anderer Leute weg.“ Oder: „Ich packe doch nicht den Müll anderer Leute in meine Mülltonne und bezahle das mit meiner Gebühr.“

Man spürt, hier hat sich eine Menge Ärger aufgestaut. Dieser Ärger muss abgebaut werden durch vorbildliches Verhalten der Stadt selbst. Wer bürgerschaftliches Handeln erreichen will, muss sich selbst auch so verhalten. Unsere Stadt wird nur dann sauberer, wenn alle an einem Strang ziehen.

Forts. Rentmeisterhaus

genutzt werden. So wollte es die CDU-Fraktion. Zur weiteren Finanzierung des Rentmeisterhaus war der Verkauf des Cordt-Holstein-Haus vorgesehen. Die CDU will dies immer noch! Die dort untergebrachten Verwaltungsstellen sollten ins Rentmeisterhaus umziehen. Nur am Rande: Sogar das Institut für Nachhaltigkeit war als Nutzer im Gespräch. Auch

dieser Vorschlag erwies sich als Luftblase. **Aber jeder unsinnige Vorschlag ist zu toppen:** Bürgermeister Haase hat als Nonplusultra folgenden Vorschlag zur Nutzung des Hauses: Das Haus soll verkauft werden! Schon erstaunlich, wie in unserer Stadt mit geschichtsträchtigen Denkmälern umgegangen wird. Was nachfolgende Generationen darüber wohl denken werden?



Wir möchten Sie fragen: Halten Sie es für richtig, dass die geschichtlichen Bauwerke unserer Stadt aus finanziellen Gründen verkauft und damit privatisiert werden?

Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

NRW-Kinderbildungsgesetz (Kibiz) stößt überall auf breite Ablehnung

So eine breite Ablehnung eines Landesgesetzes mit dem stolzen Namen "Kinderbildungsgesetz" hat es noch nicht gegeben. Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen - zu ihnen gehören 17 Verbände, wie Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Der Paritätische, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie und Jüdische Kultusgemeinden, vertreten als größte Träger von Tageseinrichtungen für Kinder rund 75 Prozent aller Einrichtungen.

Die Kritik der Verbände am neuen Gesetz konzentriert sich auf vier Punkte:

1. Die Kommunalisierung der Elternbeiträge führt zu deren weiteren Erhöhung, da die Kommunen gezwungen sind, 19 Prozent der Ausgaben durch Elternbeiträge zu erwirtschaften.

2. Teil des Konsenses vom Februar 2007 war eine auf die Gruppe bezogene Förderung der Kinder. Der nunmehr vorgelegte Gesetzentwurf geht wiederum von einer Kindpauschale aus, losgelöst von entsprechenden Gruppenstrukturen

3. Zukunftsgerichtete Angebote

wie lange Öffnungszeiten, Betreuung von Kindern unter drei Jahren werden von der Gesetzesvorlage gedeckelt durch eine landesweit vorgeschriebene Quote.

4. Die Verweigerung einer angemessenen Übergangsregelung stellt die Verbände im Übergangsjahr vor kaum lösbare Probleme. Die finanziellen und strukturellen Konsequenzen stellen nach dem Urteil der Verbände eine Gefährdung des bestehenden Systems der

Betreuung, Erziehung und Bildung dar. Weitere Erhöhungen der Elternbeiträge, Kürzung der Öffnungszeiten und ein Einbruch bei der Betreuungsqualität für Kinder, etwa durch derzeit nicht feststehende Gruppengrößen, würden die Folgen sein. Hinzu komme die einseitige Verlagerung des wirtschaftlichen Risikos auf die Träger der Einrichtungen. In Berlin beschließt die Bundesregierung die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten von der Steuer in Höhe von bis 4000 Euro pro Jahr, in Düsseldorf beschließt die CDU-FDP Regierung die Erhöhung des Elternbeitrags für den Kindergarten. Das verstehe wer kann. Alle Welt fordert eine Verstärkung der frühkindlichen Förderung. Eltern brauchen dafür Unterstützung. Dieses Kibiz ist Mumpitz.



Fröhliche Kinder und zufriedene Mütter - gehört das bald der Vergangenheit an?

Welche Veränderungen sind gegenüber heute im Gesetz vorgesehen?

Gruppentypen:

- a) Kindergartengruppe von zwei Jahren bis Schuleintritt 20 Kinder (Form I)
- b) Gruppen mit Kindern unter drei Jahren 10 Kinder (Form II)
- c) Kindergartengruppe von drei Jahren bis zum Schuleintritt 25 Kinder bzw. bei einer Öff-

nungszeit von 45 Stunden 20 Kinder (Form III)

Nachstehende Öffnungszeiten können gebucht werden:

- a) 25 Stunden
- b) 35 Stunden
- c) 45 Stunden

Die Eltern müssen sechs Monate vor Beginn des Kindergartenjahres Ihren Bedarf gegenüber dem Jugendamt anmelden, das dann auf die Plätze verteilt. Die

freie Wahl des Kindergartens durch die Eltern wird durch dieses System nicht gewährleistet.



Finanzen auf dem Prüfstand

Warnende Stimmen aus dem Kreishaus

Wie ernst die finanzielle Lage der Stadt Beverungen ist, geht aus einer Mitteilung hervor, die dem Rat der Stadt Beverungen in einer öffentlichen Sitzung vorgetragen wurde. Laut Protokoll wurde erklärt:

Bürgermeister Haase gibt bekannt, dass der Kreis Höxter durch Verfügung vom 31.05.2007 mitgeteilt hat, dass die Haushaltssatzung der Stadt Beverungen bekannt gemacht werden kann. Der Landrat habe jedoch darauf hingewiesen, dass das Verlassen der Haushaltssicherung nur wegen der Umstellung der Haushaltswirtschaft auf NKF (Neue Kommunale Finanzverfassung) möglich gewesen sei. Die geplanten Konsolidierungsanstrengungen seien daher unerlässlich. Ein wichtiger Schritt dabei sei der geplante Schuldenabbau im städtischen Haushalt und in der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Straßen und Immobilienbetriebe Bever-

ungen". Es bestehe nach der Auffassung des Landrates auch dringender Handlungsbedarf bei der Rückführung der Aufwendungen, da die Steigerung der Erträge insbesondere durch die Erhöhung der Realsteuerhebesätze ab 2008 allein nicht zu einem ausgeglichenen Jahresergebnis führen werde. Großes Einsparpotenzial wäre z. B. durch die Schließung des Freibades und des Lehrschwimmbeckens sowie durch die zeitnahe Schließung von Kindergartengruppen und Schulen gegeben. Äußerst bedenklich sei auch die Liquiditätssituation der Stadt Beverungen, wie die vorgenommene Verdoppelung des Rahmens für Kredite zur Liquiditätssicherung auf 8 Mio. EUR und der Gesamtfinanzplan verdeutlichen.

Wir überlassen es ihrem Urteil, welche Schlüsse Sie aus der Stellungnahme des Kreises zur Finanzpolitik unserer Stadt ziehen.

Nicht ärgern

Machen Sie mit!

Wer für seine eigene und für die Zukunft seiner Familie etwas Gutes tun will, der sorgt vor. Wer gute Kindergärten, gute Schulen und Hochschulen für wichtig hält, der muss seinen Auffassungen Nachdruck verleihen. Am besten geht das durch örtliches Mitmachen, denn nur wer sich selbst einbringt, kann Einfluß nehmen auf die Meinungsbildung und die Beschlüsse. Das gilt für alle Lebensbereiche. In der SPD gibt es viele Möglichkeiten der Mitwirkung. Wir laden alle ein zum Mitmachen, denn wir halten Handeln allemal für besser als sich nur zu ärgern. Den Frauen in der Stadt Beverungen können wir versprechen: Flaschen müssen Sie bei uns nicht einsammeln. Kontaktaufnahme unter: www.spdbeverungen.de oder unter Tel.-Nr. 05273 - 4867 (Stieghorst/Heynsbergen).

Schepke: „Kein Blankoscheck“

SPD-Fraktion kritisierte mangelfafte Haushaltsvorlagen

Wer den oben stehenden Artikel gelesen hat, der kann nachvollziehen, warum die SPD-Fraktion dem Haushalt 2007 nicht zugestimmt hat. Viele stellen sich die Frage, wie konnte es soweit kommen? Warum hat niemand in der Verwaltung laut gerufen: "Bis hier und nicht weiter." Anträge der SPD wurden kategorisch abgelehnt.

Eckhard Schepke, SPD-Frak-

tionsvorsitzender führte in der Haushaltsdebatte aus: "Herr Bürgermeister, von der SPD-Fraktion bekommen sie dafür (Haushalt) keinen Blankoscheck ausgestellt. Sie wissen, wenn es um unsere Stadt geht, haben Sie in der SPD-Fraktion immer einen verlässlichen Partner. Aber: Wir steigen in keinen Zug ein, von dem wir nicht wissen, wohin die Reise geht. Die Sanierung der

Schulen, des Rentmeisterhauses, der Burg, die Errichtung von Kinderkrippen für Beverunger Kinder, die hoffentlich baldige Gesamtplanung der Grundschulen und Kindergärten, liegen ja noch vor uns".

Die SPD-Fraktion wertete den Haushalt als nicht nachvollziehbar, da Vergleichszahlen fehlten. Mangelnde Transparenz führte zur Ablehnung.

Amelunxen

Leider wurde der durch die SPD Amelunxen beantragte Verkehrs-sicherungs-spiegel an der Aus-fahrt Bastenberg zur Drenker Straße abgelehnt. Michael Gau-ding bedauert diese Entschei-dung, da der Blick beim Ein-biegen in die Drenker Straße durch den Spiegel verbessert worden wäre.

In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses Amelunxen wurde von der SPD auf Gefah-renstellen innerhalb der Ort-schaft hingewiesen. Zum einen ist der „Waschplatz an der Mühle“ (gegenüber dem Feuer-wehrgerätehaus) ungesichert. Hier können leicht Kinder beim Spielen in die Nethe fallen. Zum anderen sollte durch die Stadt geklärt werden, wer für die Sicherung des Geländers entlang der Bahnstrecke (Hexentreppe) verantwortlich ist. Auch hier ist das Gelände mittlerweile abgänglich.

SPD Amelunxen – wir setzen uns für Sie ein.

Dalhausen

„Wir freuen uns über die Entscheidung der Arbeiter-wohl-fahrt Dalhausen, künftig im Cafe Menke ihr Domizil aufzuschlagen“, so Anneliese Bartolles, SPD-Ortsvereinsvor-sitzende. Der neue Treffpunkt bietet mehr Möglichkeiten für die Seniorenarbeit und Veran-staltungen. Der SPD-Ortsverein will mit einer Spende den Start unterstützen. Das gespendete Geld, so Anneliese Bartolles, kommt ja Dalhauser Bürgern zugute.

Erneuerbare Energien geben 235.000 Menschen Arbeit

Der anhaltende Boom der erneuerbaren Energien in Deut-schland hat im letzten Jahr noch mehr Arbeitsplätze geschaffen als bislang angenommen. Nach einer jetzt veröffentlichten wissenschaftlichen Untersuch-ung boten sie 2006 bereits rund 235.000 Beschäftigten Arbeit - gegenüber 2004 (rund 160.000 Beschäftigte) ist das ein Plus von fast 50 Prozent und rund 20.000 mehr als in bisherigen Abschätz-ungen vermutet. Mindestens 134.000 Arbeitsplätze, fast 60 Prozent der für 2006 ermittelten Beschäftigung, sind dabei direkt auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz zurückzuführen.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD): „Der konsequente Ausbau der erneuerbaren Ener-gien ist nicht nur umwelt- und klimapolitisch geboten, sondern auch gut für Innovation, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Dies belegt die jetzt vorgelegte Untersuchung ein-drucksvoll. Das Ende August beschlossene Energie- und Klimaprogramm der Bundesre-gierung enthält die Ziele für den weiteren Ausbau der erneuer-baren Energien auf allen Gebie-ten, also im Strom-, Wärme- und Treibstoffsektor. Damit schaf-fen wir nicht zuletzt auch den notwendigen Rahmen dafür, das der „Jobmotor Erneuerbare Energien“ weiterhin rund laufen wird.“

Vorläufige Zwischenergebnisse dieses Vorhabens, das ein breit fundiertes Vorläuferprojekt

derselben Forschungsgruppe fortschreibt, waren bereits im Februar dieses Jahres veröf-fentlicht worden. Sie hatten noch um etwa 10 Prozent unter den jetzt ermittelten Werten gelegen. Aktuellere Daten zum uner-wartet kräftigen Ausbau der Erneuerbaren im Inland und den Exporterfolgen der Branche sowie die - erstmalige - Ermitt-lung der Beschäftigungswirk-ungen durch den Einsatz öffentlicher und gemeinnütziger Mittel zugunsten der erneuer-baren Energien machten die deutliche Anpassung der ersten Abschätzungen erforderlich.

In einer gesonderten Analyse wurde in der jetzt vorgelegten Studie erstmals auch abge-schätzt, welche Arbeitsplatz-wirkungen der Bau von Pro-duk-tionskapazitäten für Erne-uerbare Energie-Anlagen hatte. Bedingt insbesondere durch den zuletzt starken Ausbau von Solarfirmen in Ostdeutschland lag dieser Wert 2006 bei rd. 23.500 Arbeitsplätzen.

(Arbeitsplätze 2006 zu 2004)

Windenergie: 82.100 - 63.900

Solarenergie: 40.200 - 25.100

Wasserkraft: 9.400 - 9.500

Geothermie: 4.200 - 1.800

Biomasse: 95.400 - 56.800

davon Brennstoffbereitstel-lung/ Kraftstoffe:

50.200 - 22.600

Es hätte unserer Stadt gut zu Gesicht gestanden, neue Betriebe nach Beverungen zu holen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Warum klappt das nur in anderen Städten?

Die beste Bildung für alle!

Zurückgehende Schülerzahlen erfordern richtiges Handeln

Die NRWSPD will die Reform der NRW-Bildungspolitik nach der Landtagswahl konsequent angehen. Hier nur einige Beispiele aus dem Bildungskonzept, die Hannelore Kraft, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende im Jahr 2010 umsetzen will:

KINDERGÄRTEN

Die NRWSPD fordert einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach dem ersten Lebensjahr. Die Elternbeiträge sollen schrittweise gestrichen, der Besuch des letzten Kindergartenjahres Pflicht werden. Schon in der Tagesstätte soll für jedes Kind ein Bildungsförderplan erstellt werden.

GRUNDSCHULE

Die ersten beiden Schuljahre sollen zu einer flexiblen Eingangsphase zusammengelegt werden, die die Kinder – je nach Leistungsvermögen - in ein, zwei oder drei Jahren durchlaufen. Kein Kind soll in den ganztägigen Bildungseinrichtungen aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten ausgeschlossen werden.

GEMEINSCHAFTSSCHULE

Bis zur zehnten Klasse sollen künftig alle Kinder in einer Schule von einem Lehrerkollegium unterrichtet werden. In den Klassen 5 und 6 soll der gemeinsame Unterricht verbindlich sein. Bei der Reform des Bildungssystems darf es nicht mehr um das „Ob“, sondern es

muss um das „Wie“ einer Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit in der Sekundarstufe I gehen, um anschließend den Weg in die gymnasiale Oberstufe oder auf das Berufskolleg oder in die berufliche Ausbildung zu eröffnen. Deshalb strebt die NRWSPD in der Perspektive ein vollständig integratives System an, das bis zum ersten qualifizierenden Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt. „Wir wollen die Menschen auf dem Reformweg mitnehmen“, heißt es in dem Leittrag. Darum setzt die NRWSPD auf die Gemeinschaftsschule. Die nimmt die Kinder nach der Grundschule



WIR WOLLEN "DIE BESTE BILDUNG FÜR ALLE"

auf und ist bis zur Klasse 10 für deren Bildungserfolg verantwortlich. Am Ende der Klasse 10 können dort alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden. Erst ab Klasse 7 oder später wird nach gemeinsamer Entscheidung der Schule, der Schulträger und der Eltern entweder ein vollständig integrierter Unterricht weitergeführt oder eine Differenzierung beispielsweise in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen vorgenommen.

OBERSTUFE

Weil viele Gymnasien und Gesamtschulen wegen rück-

läufiger Schülerzahlen künftig ihr Kursangebot in der Oberstufe nicht aufrechterhalten könnten, will die NRWSPD Oberstufenzentren für mehrere Schulen einführen.

STUDIUM

Die NRWSPD will bei einer Regierungsübernahme die von CDU und FDP eingeführten Studiengebühren für das Erststudium wieder abschaffen. Die Hochschulen sollen einen finanziellen Ausgleich erhalten. Die Zahl der Studienplätze soll massiv ausgebaut werden. Mittelfristig sollen mindestens 50 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium abschließen.

GANZTAG

Die NRWSPD wird das Programm der Offenen Ganztagsgrundschule auf alle weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I ausdehnen. Dafür sollen die Bildungsträger mit einem mehrjährigen Investitionsprogramm unterstützt und in einem abgestimmten sozialräumlichen Konzept die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

BERUFSAUSBILDUNG

Das politische Ziel der NRWSPD ist klar: Eine echte Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen und zwar auf hohem qualitativen Niveau.

Unter www.spdbeverungen.de und dem Link "Unser starkes Land", können weitere Informationen abgerufen werden.

Wirtschaftliche Anstrengungen nötig

Roger van Heynsbergen: Es bleibt nicht mehr viel Zeit!

Da ziehen schwarze Wolken auf über Beverungen. Das Gewerbesteueraufkommen ist auf Talfahrt. Deutliches Zeichen für die wirtschaftliche Schwäche der Stadt. Die momentanen Steuer-mehreinnahmen dürfen uns nicht täuschen.

Seit Jahren sinken die sozialversicherungspflichtigen Jobs. In 10 Jahren um 30%. Das sind annähernd 1000 Arbeitsplätze weniger. Die Beverunger Wirtschaft bietet ihrer Bevölkerung nur mehr reduziert berufliche Existenzen. Das hat seine Auswirkungen auf die Bevölkerungszahlen. Wenn vorliegende Prognosen sich bestätigen, werden wir bis 2020 über 11% Wohnbevölkerung verlieren. Damit zieht auch Kaufkraft ab. Zahlen und Thesen, die einem Konzeptpapier für ein Stadtmarketing entnommen sind, das der Rat der Stadt in Auftrag gegeben hat.

„Eine wirtschaftlich strukturschwache Stadt wird über ihre geringe bis fehlende Bedeutung als Arbeits- und Wirtschaftsstandort definiert“ schreibt die Autorin Anke Wellmann und spricht damit auch gleich das Urteil über Beverungen. Nachbarstädte wie Brakel, Steinheim oder Warburg liegen da weit besser im Rennen. Und das muss Ursachen haben.

Die Strukturschwäche Beverungens hat verschiedene Ursachen. Sie werden in dem besagten Konzeptpapier analysiert. Und durchaus richtig: Nach der Diagnose auch die Therapie. Differenziert werden die Handlungsfelder aufgeführt und auch Vorschläge gemacht, wo was geschehen muss. Aber begonnen werden muss damit - schnell, sofort!! Die Uhr zeigt die oft beschworenen 5 Minuten vor 12.

Schon mehrfach hat es in der Vergangenheit ähnliche Bemühungen, auch auf der Grundlage von Strategiepapieren, gegeben. Alle sind sie irgendwie im „Weser-Dreieck“ lautlos verschollen. Weder Verwaltung noch der Rat mit seiner abonnierten CDU-Mehrheit hatte in der Vergangenheit zukunftsweisendes auf den Weg gebracht. Wir haben keine Leitidee zur Stärkung des Tourismus. Es fehlen Konzepte für die Förderung der Industrieansiedlung. Wo sind die Hilfe für den Ausbau von Dienstleistung und Einzelhandel? Alles Fehlanzeige!!

Am einzigen „Leuchtturm“, der Beverungens blau-weiße Farben leuchten liess, beim Kulturangebot, hat die Verwaltung die „Sparaxt“ angelegt. Hoffentlich nicht mit dramatischen Folgen. Nun liegen mit diesem Konzeptpapier Vorschläge auf

dem Tisch. Der erste Versuch es einer breiteren Beverunger Öffentlichkeit bekannt zu machen, ist schon kläglich gescheitert. Der Bürgermeister hielt es nicht für erforderlich, öffentlich in den Medien, Zeitungen oder auch Radio Hochstift, für diese Veranstaltung zu werben. So fiel sie wegen Mangel an Beteiligung ins Wasser. Soll auch diese neuerliche Initiative den Weg ihrer Vorgänger gehen - sanft entschlafen?

Unabhängig aber von den jetzigen Bemühungen um ein neues Stadtmarketing hätte die Beverunger Bevölkerung von der Verwaltung Initiativen erwarten dürfen. Die Neuwahl der Verwaltungsspitze liegt schon 3 Jahre zurück. Und die bedrohliche Entwicklung für Beverungen hat schon früher eingesetzt. Wo sind die Ideen, Initiativen, die Beverungen nach vorne bringen? Die Bürger haben bislang nichts gehört, gelesen und gesehen. Drei Jahre Stillstand und das soll Fortschritt bedeuten?

Unsere Hoffnung liegt jetzt bei der neuen Marketing-Initiative. Die SPD ist zur Mitarbeit bereit. SPD-Stadtverbandsvorsitzender Roger van Heynsbergen: Es bleibt uns nicht mehr viel Zeit, die eingetretene Entwicklung umzukehren!

Titelsucht

Titelsucht - nun ist auch die Stadt davon befallen. Sie will den Titel „Mittelstandsfreundliche Verwaltung“ erwerben. Für teures Geld.

Beim TÜV. Motto: Erst mal den Titel und dann kommen die Betriebe. Wer sich da wohl irrt? Der Bürgermeister hat sich massiv für dieses Zertifikat

eingesetzt. Hat er es nötig? Eine alte Weisheit besagt: Wer sonst nicht viel aufzuweisen hat, der besorgt sich einen Titel. Für Vieles ist kein Geld da, aber für Titel!

„Das grosse Hosenflattern des Herrn N.“

Wie man mit dummen Sprüchen in die Schlagzeilen kommt

Man muss nicht wiederholen, was der Bezirksausschuss-Vorsitzende und Vorsitzender der örtlichen Christunion, der allseits bekannte Herr N., in der letzten Bezirksausschuss-Sitzung gesagt hat. Dies richtete sich selbst. Aber etwas muss man sagen zu seinem Leserbrief.

Nach der Reaktion der Öffentlichkeit begann das grosse Hosenflattern des Herrn N..

Er eilte sozusagen von Frau zu Frau, von Verband zu Verband, um etwas richtig zu stellen, was er nicht gesagt habe. Wie bitte? Ehrlicher wäre es gewesen, wenn er erklärt hätte, was er in der Sitzung gesagt hat. Sein Gedächtnis reichte anscheinend nicht so weit, darüber verliert er kein Wort, vorsichtshalber oder ganz bewußt? Sogar der Lokalredakteurin unterstellte er unwahr

berichtet zu haben. Dreist fordert er per Email Bezirksausschussmitglieder auf, doch seinen Leserbrief zu unterstützen. Wie kann man jemanden auffordern, etwas zu tun, was den Tatsachen nicht entspricht? Eine öffentliche Entschuldigung für sein Verhalten ist vom Herrn N. bisher unterblieben. Aber damit muss Herr N. und die CDU in Beverungen alleine fertig werden.

Waidmannsheil in Beverungen

Für die Neuverpachtung der städt. Eigenjagdbezirke wurden auf Antrag der CDU und gegen die Stimmen der SPD die Jagdpachtbedingungen so formuliert, dass nur interessierte Beverunger Jäger zum Zuge kommen konnten. Der Wohnsitz eines Pachtwilligen musste im Umkreis von 30 km um Beverungen sein. Es kam, wie es kommen musste (oder sollte?). Nur sehr wenige Pachtangebote gingen ein. Für

einen Bezirk wurde gar kein Angebot abgegeben. Der jetzige Pächter dieses Bezirkes würde hier gerne weiter seinem Hobby nachgehen, darf er aber nicht, da er nicht im Umkreis wohnt. Für die SPD war klar, dass für diese Jagd die Neuausschreibung ohne die Auflage erfolgen musste. Aber nein, die CDU setzte durch, dass die Bedingung bleibt, nur der Mindestpachtpreis wurde noch einmal um 2 Euro/ha reduziert.

Durch diese unverständlichen Entscheidungen entstehen der Stadt jährliche Mindereinnahmen von ca. 10.000 Euro. Geld, das für unsere Schulen bitter nötig ist. Aber so können wenigstens eine Handvoll Jagdwilige zu günstigen Preisen ihrem Hobby nachgehen. Übrigens: Die Jagdpacht kann während der 10-jährigen Pachtzeit nicht erhöht werden. Na dann: Waidmannsheil und Waidmannsdank!

Rasengrabstätten gesucht

Die Grabpflege ist für viele Menschen zu einem Problem geworden. Aus finanziellen Gründen werden immer mehr Anträge auf vorzeitige Einebnung von Grabstellen bei der Stadt Beverungen gestellt. Nicht zu übersehen ist auch die Zunahme von Feuerbestattungen, ebenso Beisetzungen im Friedwald.

Die bisherige Friedhofsgestaltung muss auf Grund veränderter gesellschaftlicher Ein-

stellungen geändert werden. Zu diesem Ergebnis kamen einige Mitglieder des Bezirksausschusses Beverungen anlässlich einer Begehung des Friedhofes. Der Wunsch nach einer Rasengrabfeldanlage kann aus Mangel einer geschlossenen Fläche zur Zeit nicht umgesetzt werden. Erst ab 2017 wird das Grabfeld VI für eine Überplanung frei. Die Beratungen gehen weiter. Erfreulich: Eine weitere Baumausschlichtung erfolgt.

Impressum

Herausgeber: SPD-Stadtverband
Beverungen

Verantwortlich: Roger van
Heynsbergen, Obere Nussbreite 57
37688 Beverungen, Tel. 05273 -4867

Redaktion:
Emil Engel, Dieter Heistermann, Sabine
Künzel

E-Mail:
EmilEngel@t-online.de

Internet:
www.spdbeverungen.de

Druck: Kübler Galerie GmbH,
Industriestr. 7, 37688 Beverungen